

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Lanbmännens Sonntagblatt“ und „Militärisches Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,15 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,80 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Strecken wird ersucht jeder Anrufer auf Lieferung 150. — Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5spaltige Postzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 5spaltige Reklameweile 40 Pfg., Ausnahmestunden 30 Pfg. / für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedingt gesichert oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie. Beleggebühren: 10.— M., das Zahlen, zusätzlich Postgebühren. Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 66

Dienstag, den 7. Juni 1932

34. Jahrg

## Die Regierungserklärung

„Für die Wiedergeburt des neuen Deutschlands.“

Berlin, 5. Juni.

Die in der heutigen Vormittags Sitzung des Reichstages beschlossene Regierungserklärung hat folgenden Wortlaut:

„In einer der schwersten Stunden der vaterländischen Geschichte übernimmt die neue Regierung ihr Amt.

Das deutsche Volk steht in einer seelischen und materiellen Krise ohne Vorgang. Die Opfer, die von ihm verlangt werden, wenn der dornige Weg zur inneren und äußeren Freiheit mit Aussicht auf Erfolg gegangen werden soll, sind ungeheuer. Sie können nur ertragen werden, wenn es gelingt, die seelischen Voraussetzungen durch eine Zusammenfassung aller ausbauwilligen und staatsereiften, kurzum aller nationalen Kräfte zu finden.

Reichstagsler Dr. Brüning hat als erster den Mut gehabt, eine klare Bilanz der Lage zu fordern, in die uns in erster Linie der Verfall der Republik und die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise wie auch die Mißwirtschaft der Parlamentsdemokratie gebracht haben. Diese Bilanz, die die heutige Regierung vorfindet, soll das deutsche Volk kennen:

Die finanziellen Grundlagen des Reiches, Kreuzzugs und der Wehrzahl aller anderen Länder und Gemeinden sind erschüttert. Keine der notwendigen grundlegenden Reformen, die Voraussetzung jeder Gesundung — Verwaltungsreform, Finanzreform, Anpassung unseres staatlichen Lebens an die Armut der Nation — ist über schwache Anläufe hinausgekommen. Die Sozialversicherungen stehen vor dem Bankrott. Die ständig gewachene Arbeitslosigkeit zehrt trotz aller Arbeitswillens der besten Kräfte am Mark des deutschen Volkes.

Die Nachkriegsregierungen haben gelauscht, durch einen sich ständig erweiternden Staatssozialismus die materiellen Sorgen dem Arbeitnehmer wie dem Arbeitgeber in weitem Maße abnehmen zu können. Sie haben den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt. Sie haben ihm Aufgaben zerteilt, die er seinem Werte nach niemals erfüllen kann. Gerade hierdurch ist die Arbeitslosigkeit noch gesteigert worden.

Der hieraus zwangsläufig folgenden moralischen Zermürbung des deutschen Volkes, vergrößert durch den gemeinschaftsfeindlichen Klassenkampf und vergrößert durch den Kulturbolschewismus, der wie ein freßendes Gift die besten sittlichen Grundlagen der Nation zu vernichten droht, muß in jeder Stunde Einhalt geboten werden.

Zu tief ist schon in alle kulturelle Gebiete des öffentlichen Lebens die Zerlegung atheistisch-marxistischen Denkens eingedrungen, weil die christlichen Kräfte des Staates sich zu Kompromissen bereit waren. Die Reinheit des öffentlichen Lebens kann nicht auf dem Weg der Kompromisse um der Parteilichkeit willen bewahrt oder wiederhergestellt werden. Es muß eine klare Entscheidung darüber fallen, welche Kräfte gewillt sind, das neue Deutschland auf der Grundlage der unveränderlichen Grundzüge der christlichen Weltanschauung aufzubauen zu helfen.

Die Regierung, die in dieser Stunde, erfüllt von ihrer schweren Verantwortung vor Gott und der Nation, die Geschichte des Landes übernimmt, ist tief durchdrungen von dem Bewußtsein der Pflichten, die auf ihr liegen. Sie wird nicht zögern, den Kampf um die Erhaltung der Lebensgrundlagen des Volkes, insbesondere auch der wertvollen Bevölkerung in Stadt und Land, unverzüglich aufzunehmen.

Damit die Zahlungen der nächsten Tage und Wochen zur Aufrechterhaltung des staatlichen Apparates geteilt werden können, ist die Regierung gezwungen, einen Teil der von der alten Regierung geforderten Reformmaßnahmen zu erkennen. Am übrigen macht die Regierung in dieser Stunde keine Verpflichtungen. Sie wird handeln, und man soll sie nach ihren Taten beurteilen.

### Auf außenpolitischem Gebiete

ergeben sich die nächsten und wichtigsten Aufgaben der Reichsregierung aus den in Gang befindlichen oder bevorstehenden internationalen Verhandlungen über die großen Weltprobleme der Abrüstung, der Reparationen und der allgemeinen Wirtschaftskrise. Bei allen diesen Problemen stehen höchste deutsche Lebensinteressen auf dem Spiele.

Unser Ziel ist, in friedlichem Zusammenwirken mit den anderen Nationen unserer Vaterlande völlige Gleichberechtigung, politische Freiheit und die Möglichkeit wirtschaftlicher Gesundung zu verschaffen. Nur ein gleichberechtigtes, freies und wirtschaftlich gesundes Deutschland kann zur Gesundung der Welt beitragen.

Freiheit können alle Völkern um die Wohlfahrt der Welt nur dann auswirken, wenn es gelingt, gleichzeitig die wirtschaftlichen Strömungen aus den Gebieten des Geld- und Kapitalverkehrs und des Warenverkehrs, die gegenwärtig die Welt in Unruhe versetzen, zu befeitigen. Die

Reichsregierung wird an allen Bestrebungen mitzuwirken bereit sein, die diesem Ziele dienen.

Die Grundlage und Voraussetzung aber jeder wirksamen außenpolitischen Dretzung unserer nationalen Interessen, über die es Meinungsverschiedenheiten unter Deutschen nicht gibt, ist die Herbeiführung der innerpolitischen Klarheit.

Aus allen diesen Gründen hat sich der Reichspräsident entschlossen, dem Antrag der Reichsregierung stattzugeben und den Reichstag aufzulösen. Die Nation wird vor die klare und eindeutige Entscheidung gestellt, mit welchen Kräften sie den Weg der Zukunft zu gehen gewillt ist. Die Regierung wird, unabhängig von Parteien, den Kampf für die seelische und wirtschaftliche Gesundung der Nation, für die Wiedergeburt des neuen Deutschlands führen.“

### Reichstagsfeier zum Raas-Dreif

Zu den Ausführungen des Bräutigams Raas gibt die Reichstagsfeier folgende Darstellung:

Herr von Papen hatte, bevor er sich zum Reichspräsidenten begab, eine Aussprache mit Bräutigam Raas über die Stellung der Zentrumspartei zu einer gegebenenfalls an ihn zu richtenden Berufung durch den Reichspräsidenten. Hierbei erklärte Dr. Raas, es sei für die deutsche Zentrumspartei ausgeschlossen, daß eines ihrer Mitglieder die Führung der neu zu bildenden Regierung oder einen Sitz in ihr übernehme. Ein solcher Schritt würde die Trennung von der Partei bedeuten. Herr von Papen erwiderte, daß damit die Voraussetzung fortfalle, unter der ihn der Reichspräsident wahrscheinlich berufen habe. Eine Synthese zwischen den in der Zentrumspartei organisierten Parteien und der politischen Rechten herzustellen. Er werde daher einen in diesem Sinne an ihn gerichteten Auftrag ablehnen. Herr von Papen hat jedoch in der darauf stattfindenden Besprechung den Reichspräsidenten von dem Inhalt dieser Unterredung Kenntnis gegeben und den Reichspräsidenten gebeten, von seiner Berufung Abstand zu nehmen. Erst nachdem der Reichspräsident Herrn von Papen erklärte, daß er ihn nicht in seiner Eigenschaft als Parteimitglied, sondern als Deutscher gerufen habe und daß er an sein vaterländisches Gewissen gebunden sei, hat von Papen die Berufung angenommen.

## Der Reichstag aufgelöst

Amlich wird folgende Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstages vom 4. Juni gemeldet:

„Auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung löse ich mit sofortiger Wirkung den Reichstag auf, da er nach dem Ergebnis der in den letzten Monaten stattgehabten Wahlen zu den Sorgen der deutschen Länder dem politischen Willen des deutschen Volkes nicht mehr entspricht.“

Berlin, 4. Juni 1932.

Der Reichspräsident: gez. von Hindenburg.

Das Auflösungsdekret für den Deutschen Reichstag ist der Öffentlichkeit übergeben worden, ohne daß bisher ein Termin für die Neuwahlen bestimmt wurde. Wir sind der Ansicht, daß es richtiger wäre, wenn dieser nicht allzu lange hinausgeschoben würde, denn je länger der Wahlkampf dauert, desto größer werden die Kosten, wobei zu berücksichtigen ist, daß sich bei allen Parteien schon in den letzten Wahlkämpfen ein ausgeprägter Geldschwund bemerkbar gemacht hat, und daß eine über Wochen hinaus verstärkte Erhebung der Gemeinder des großen Ganzen kaum dienlich sein wird. Im übrigen muß man annehmen, daß das ganze deutsche Volk heute weiß, worum es geht, daß es infolgedessen auch nicht mehr der Überzeugung in allzu langem Wahlkampf beher, um zu entscheiden, mit welchem Wahlzettel es zur Urne schreiben soll. Es haben denn auch bei fast allen politischen Parteien bereits vorbereitende Besprechungen über die neue Lage stattgefunden. Von der Urnen bis zur Rechten werden bereits die größten Anstrengungen gemacht, um bei dem Kampf, der wohl mit äußerster Erbitterung geführt werden wird, bestehen zu können. Hoffen wir, daß sie nicht umsonst getan sind, daß aus ihnen ein Parlament hervorgeht, das wirkliche Aufbauarbeit zu leisten imstande ist zu Ruh und Frommen der Allgemeinheit, zum Segen des schwer lebenden Vaterlandes.

Die Regierungserklärung des neuen Kabinetts bringt verhältnismäßig wenig Neues. Abgesehen von der scharfen Abfrage gegen Staatssozialismus und Parlamentsdemokratie und die Erkenntnis, daß die Arbeitslosigkeit durch die große Belastung des Reiches, der Länder und Gemeinden mit sozialpolitischen Aufgaben gesteigert worden sei, dürften mit der scharfen Abfrage an den Kulturbolschewismus die bestimmten Angaben innerpolitischer Art erbedigt sein. Es ist bemerkenswert, daß die Regierung nicht daran vorbeikommt, einen Teil der Parteiverordnungen, die das Kabinetts-Brüning neu geplant hatte, in Kraft zu setzen. Man rechne hier mit einschneidenden Reformen auf dem Gebiet der Sozialversicherung.

Besonders kurz erscheint uns der Teil der Erklärung, der die außenpolitischen Probleme behandelt. Hier wäre

## Wahl in Mecklenburg

Nationalsozialistischer Wahlkreis.

Schwerin, 5. Juni. Die Wahlkreise in Mecklenburg-Schwerin ist geschlossen. Wie es nicht anders zu erwarten war, hat sie mit einem überwältigenden Sieg des Nationalsozialismus, geendet.

### Die Verteilung der Mandate.

Die vorliegenden Zahlen sind 17 Kreise aus 1475 von 1492 Bezirken. Es fehlen noch 17 freie Landbezirke, die das Ergebnis nicht mehr nennenswert beeinflussen können.

Die Mandate verteilen sich wie folgt:

Partei	Wahl am 5. 6. 1932	Bisher
Sozialdemokraten	18	20
Kommunisten	4	3
Nationalsozialisten	29	2
Nationalsozialistische Bewegung	—	2
Deutschnationale	5	11
Nationale Mecklenburger	1	—
Wirtschaftspartei	—	6
Landvolk	—	1
Christlich-sozialer Volksdienst	—	1
Nierpartei	—	1
Demokraten	—	1
Deutsche Volkspartei	—	3
Bürgerblock	1	—

Gesamtzahl der Mandate im alten Landtag 51; im neuen, Sonntag gewählt, infolge gesteigerter Wahlbeteiligung 58. Die absolute Mehrheit beträgt demnach 30 Stimmen, über die die NSDAP aller Wahrscheinlichkeit nach verfügen wird.

Die Regierungsmöglichkeiten in Mecklenburg-Schwerin.

Kochhof, 5. Juni. Nach den bisherigen Ergebnissen der Wahlen zum Mecklenburg-Schweriner Landtag werden im neuen Parlament 29 nationalsozialistische Abgeordnete insgesamt 29 Mandate aller übrigen Fraktionen gegenüberstehen. Den Nationalsozialisten wäre somit nach dem Muster von Braunschweig die Möglichkeit gegeben, zusammen mit den Deutschnationalen, die fünf Siege erlangen konnten, die Regierung zu übernehmen. Ob aber die Nationalsozialisten den Deutschnationalen einen Regierungssitz einräumen werden, erscheint bei der zwischen beiden Parteien in Mecklenburg-Schwerin seit Wochen vorhandenen Spannung fraglich.

Die Möglichkeit, daß der NSDAP, aus den Ergebnissen der noch ausstehenden 17 Bezirke ein weiteres Mandat zufällt, ist durchaus vorhanden. In diesem Falle würden die Nationalsozialisten — wie in Oldenburg — über eine absolute Mehrheit verfügen. Daß eine der anderen Parteien nun einen Sieg erhält, ist nicht mehr anzunehmen.

eine Regierung durch die Arbeit, insoweit sie sich bezug auf die Arbeit, und Kriegsschuldfrage. Die Forderung der vollen Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage ist genau wie wiederholt bei Brüning betont worden. Es hat den Anschein, als würde man bezüglich der Weltwirtschaftskonferenz den Plänen zustimmen, die MacDonald mit den Vereinigten Staaten von Amerika ausgemacht hat.

Wahrscheinlich war der Sinn der kurzgehaltenen Erklärung, daß die neue Regierung sich von Verpflichtungen freihalten, dagegen allein nach ihren Taten beurteilt wissen will.

### Wehrminister an die Reichswehr

Reichswehrminister von Schleicher hat an die Reichswehr folgenden Aufruf erlassen: „Mit dem heutigen Tage trete ich das Amt des Reichswehrministers an, zu dem mich das Vertrauen des Reichspräsidenten, des Oberbefehlshabers der Wehrmacht, berufen hat.“

„Ich werde meine Kraft daran setzen, daß die Reichswehr dem befohlen wird, ihre Berufsaufgabe zu erfüllen: Deutschlands Grenzen zu schützen und seine nationale Sicherheit zu gewährleisten. Ich werde ferner dafür sorgen, daß diejenigen geistigen und physischen Kräfte unseres Volkes gestärkt werden, welche die unentbehrliche Grundlage der Landesverteidigung bilden. Ich bin überzeugt, daß im Innern die Aufgabe, daß wir eine geschlossene und überparteiliche Wehrmacht besitzen, allein genügen wird, um die Zukunft des Reiches vor jeder Erschütterung zu bewahren.“

„Ich vertraue darauf, daß jeder Angehörige der Wehrmacht mir dabei helfen wird, das mir anvertraute Erbe einer großen Vergangenheit zum Besten von Volk und Vaterland zu verwalten.“

## Der Reichsstädtebund warnt

vor der Finanzkatastrophe der Gemeinden. Der Reichsstädtebund hat an das neue Reichskabinett eine Eingabe gerichtet, in der es u. a. heißt: Es ist bekannt, daß die mittleren und kleinen Städte infolge des rapiden Rückgangs ihrer Steuererinnahmen und

der Steigerung ihrer Wohlfahrtsverbesserungen zum großen Teil vor der Gefahr stehen, Gehälter, Löhne und Wohlfahrtsverbesserungen nicht mehr zahlen zu können.

Eine Finanzkatastrophe läßt sich nach Auffassung des Reichsstaatsbundes nur vermeiden durch Schaffung einer einheitlichen Reichsarbeitervorsorge, an der die Gemeinden nur mit höchstens 20 v. H. beteiligt sind oder, falls sich das nicht sofort durchführen läßt, durch Befreiung der Gemeinden von dem Anteil für Armenunterstützung und Abstopfen des Zuganges an Armenunterstützung in die gemeindefreie Wohlfahrtsverbesserungsvorsorge sowie durch eine Verklärung der Reichsregierung nur zu einer Erhöhung der Reichsbeiträge an die Bezirksfürsorgeverbände auf 700 Millionen Mark entschließen sollte, hält es der Reichsstaatsbund für dringend notwendig, für die freizugehörigen Gemeinden einen Anspruch auf Beteiligung an der Reichsbeiträge festzusetzen.

## Entwürfe für das Reichsehrenmal

Die Eröffnung der Ausstellung in Berlin.

Berlin, 5. Juni.

In den Ausstellungshallen am Lehrter Bahnhof wurde die Ausstellung der Entwürfe für das Reichsehrenmal bei Bad Berka eröffnet. Der Feier wohnten zahlreiche Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, der Reichswehr und Reichsmarine sowie sämtlicher Frontkämpfer-Vereinigungen bei. Der Vorsitzende der Stiftung Reichsehrenmal, Staatssekretär Zwoelfer, führte in seiner Ansprache u. a. aus: Als der Schöpfer, Gründer und Ehrenvorsitzende der Stiftung, Reichspräsident von Hindenburg, vor einem Jahre die Stiftung ins Leben rief, sei ein Wunsch in Erfüllung gegangen, den jahrelang die Herzen von Hunderttausenden befehlt habe, den gefallenen Kameraden an der Heimat ein Mal zu schaffen, in dem die Natur, deutsche Erde, deutscher Wald selbst ein Symbol der Selbsterziehung werden. Wenn das Mal einst errichtet sei, möge es, wie der Reichspräsident es ausgedrückt habe, bestehen als eine immerwährende ewige Mahnung zur Einget.

## Preussischer Landtag

Fortsetzung der politischen Aussprache.

Berlin, 4. Juni.

Am Preussischen Landtag wurde die allgemeine politische Aussprache fortgesetzt.

Für die Nationalsozialisten sprach Abgeordneter Cohn ausführlich über die Wirtschafts- und Arbeitsbeschaffungsfragen. Er beschäftigte sich dabei auch mit der Währung und bezeichnete die Rentenmark als Beispiel dafür, daß eine Währung vom Gold nicht abhängig zu sein brauche. Durch zufällige Goldmengen könne Arbeit geleistet und Werte geschaffen werden. Eine Inflation gehe es nur dann, wenn Geldmittel in Umlauf gesetzt werden, ohne daß produktive Arbeit geleistet werde.

Abg. Kallert (Komm.) warf den Nationalsozialisten vor, daß sich in ihren Betrieben befinden, die die Arbeiter ausbeuten. Abg. H. u. J. (Sozial.) vermißt bei den Nationalsozialisten politische Aufbaupläne. Abg. F. r. i. e. l. e. r (Nat.-Soz.) wandte sich in scharfen Ausführungen gegen die Rechtspolitik in Preußen, die sich auf dem gesamten politischen Gebiet zur Dienerei eines parteipolitischen und einseitigen Systems gemacht habe.

Das Haus lehnte dann in namentlicher Abstimmung mit 212 gegen 202 Stimmen den deutschnationalen Antrag ab, der für den neuen Landtag die Geschäftsordnung des alten Landtages vor der von der Weimarer Konvention beschlossenen Veränderung in Kraft setzen wollte. Gegen den deutschnationalen Antrag stimmten das Zentrum, die Sozialdemokraten und die Kommunisten.

Präsident Kerr verlas das Antwortschreiben des Ministerpräsidenten Braun an den Beschluß des Landtages zur Vereinbarung des Staatsministeriums. Präsident Kerr stellte nach der Verlesung fest, daß weder er noch das Büro gehört hätten, daß der Regierung selbst verbrecherische Handlungen vorgeworfen seien, sonst wäre der Redner zur Ordnung gerufen.

Angenommen wurde der kommunistische Antrag, dem Geschäftsministerium Braun Senering das Mißtrauen auszusprechen, mit 253 Stimmen der Nationalsozialisten, der

Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Kommunisten.

Die anderen Parteien enthielten sich der Stimme, weil sie den Mißtrauensantrag gegen ein bereits zurückgetretenes Kabinett für nicht zulässig hielten. Der deutschnationalen Mißtrauensantrag gegen das Geschäftsministerium war durch die Abstimmung über den kommunistischen Antrag erledigt.

Bei der Abstimmung über einen kommunistischen Antrag auf Einstellung aller Zahlungen auf Grund des Youngplans, Aufhebung der Reichsnoteordnungen und Befreiung der Pölle, ergab sich die Beschlussunfähigkeit des Landtags, da von Kommunisten, Sozialdemokraten und Staatspartei zusammen nur 129 Karten abgegeben worden waren. Die nächste Sitzung des Preussischen Landtages wurde vom Präsidenten auf den 22. Juni, 13 Uhr, angelegt.

Wiederholung der Wahl des preussischen Landtagspräsidenten.

Berlin, 4. Juni. Präsident Kerr hat den Preussischen Landtag zur nächsten Vollversammlung auf Mittwoch, den 22. Juni einberufen. Auf der Tagesordnung steht die vorgeschlagene Wahl des Landtagspräsidenten und der drei Vizepräsidenten.

## Kämpferisches Deutschtum

Rückgang der deutschen Schulen in Litauen.

Kowno, 5. Juni.

Die Utaufklärung der deutschen Minderheit hat seit 1919 starke Fortschritte gemacht, die allerdings mehr äußerlicher Natur sind. Die Zahl der deutschen Schulen ist von 1219 bis 1932 von 38 auf acht zurückgegangen. Nur 12 bis 15 Prozent deutscher Schulkinder besuchen deutsche Schulen, die übrigen besuchen ohne deutschen Unterricht. In verschiedenen Bezirken Litauens wurden die Deutschen gezwungen, ihre deutschen Namen zu latinisieren. Die Gründung von Privat-schulen löst auf Widerstand der litauischen Kultusbehörden.

Entsprechend verfährt Litauen gegen die anderen Nationalitäten. Gemeinsame Schritte der Minderheiten beim Reichstag scheitern, teils aus ungeschickter Schwäche, teils aus perfiden Gründen. Die deutsche Minderheit hat daher immer wieder versucht, auf gutlichem Wege ihre Rechte direkt bei der litauischen Regierung geltend zu machen. Zahlreiche Memoranden sind dem Kultusminister und der litauischen Regierung zugeleitet worden, ohne daß man auch nur eine Antwort erhielt. — Der Hauptvorwand des Deutschen Kulturverbandes hat dabei persönlich beim Kultusminister wiederholt Vorstellungen erhoben, mit dem Erfolg, daß alles beim alten blieb. Das kulturelle Niveau des deutschen Kulturverbandes, das ohnehin gegenüber anderen deutschen Minderheiten sehr zurück ist, sinkt immer mehr.

## Danzig gegen die polnische Bahndirektion

Verlegung nach Polen gefordert.

Der Senat der Freien Stadt Danzig hat die polnische Regierung in einer Note ersucht, die Verwaltung der polnisch-pommerellischen Eisenbahnen spätestens bis zum 31. Dezember aus dem Danziger Gebiet zu entfernen. Danzig trägt seine Forderung auf eine Entschädigung des Bahnbetriebsunternehmens und einen die Entschädigung befristenden Vertrag. Der Senat behauptet, monach Polen kein Recht hat, auf Danziger Gebiet eine Eisenbahndirektion einzurichten, die sich nicht nur mit der Verwaltung der auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig gelegenen Eisenbahnen, sondern auch mit der Verwaltung der polnisch-pommerellischen Eisenbahnen beschäftigt.

## Die Regierung Herriot

„Stetigkeit der Außenpolitik gesichert.“

Paris, 5. Juni.

Die neue französische Regierung Herriot ist gebildet worden. Die Kabinettsliste weist folgende Namen auf: Ministerpräsident und Außenminister: Herriot (Radikalsocialist); Inneres: Chautemps (Radikalsocialist); Justiz: Renault (Demokratische Linke); Finanzen: Germain Martin (Unabhängige Linke); Budget: Palmade; Krieg: Paul-Boncour (Unabhängiger Sozialist); Marine: Renaux (Radikale Linke).

tur getrieben zu haben. Die Silber stellen neu angeworbene Schauspielerinnen dar.

Auf die Frage, warum es sich ausschließlich um Frauen handelte, wußte er keine vernünftige Antwort zu geben.

Die Polizei erließ einen Aufruf und veröffentlichte einen Teil der Silber.

Bereits nach kurzer Zeit ließen Briefe ein, die Licht in die Sache brachten. Drei Mädchen, von denen eins aus Wien, eins aus Breslau und eins aus Mailand purlos verschwunden war, konnten auf diese Weise ermittelt werden. Die aus Breslau kommende war inzwischen, von New York zurückkehrend, in Hamburg eingetroffen. Es handelte sich um Fräulein Irma Krell, die mit den anderen drei Damen von Le Havre aus vermisst worden war. Von ihr erfuhr man Näheres über die „Geschäftspraktiken“ der Verdächtigen.

Die Mädchen des Reiches wurden immer enger gezogen. In Marseille, wohin auch eine Spur führte, konnte Raoul Terrier, der Agent, zu dem die Malwola von Le Havre aus zunächst Zuflucht genommen hatte, verhaftet werden. Obwohl Terrier seit dem Abgang von Le Havre in Breslau worden war, ließ er unter polizeilicher Bewachung gestellt. Man glaubte, daß man dadurch vielleicht die „Gräfin“ ermitteln könnte.

Aber die Nachforschungen nach dieser raffinierten Frau verliefen vorläufig alle im Sande. Sie war längst dahinter genommen, was es geschehen hatte, und befand sich nicht mehr in Budapest.

Honsbrud sah als Jäger allig aus. Er ließ sich einen Spikhart waschen, man konnte ihn kaum wiedererkennen. Er wohnte bei einer Steinjägerwitwe, die ihm ein großes leeres Zimmer abgeben hatte, wohin er den Rest seiner Möbel schaffen ließ. Auch hier hatte er einen Blick auf einen großen Garten hinaus. Darauf legte er stets besonderen Wert. Im übrigen war er beherzigt, ausgerüstet. Geschäftlich ging es ihm leicht. Aber sein Verstand war auch sehr anstrengend. Er mußte oft sehr und mehr Stunden hintereinander auf Tour gehen, um das herauszuwurzeln, was er zum Lebensunterhalt brauchte.

Luft: Painlevé (Republikanischer Sozialist); Nationale Erziehung (früher Unterrichts); de Monzie; Öffentliche Arbeiten: Daladier; Handel: Durand; Gesundheitsminister: Godart (Demokratische Linke); Landwirtschaft: Garde; Justiz und Seereschiffen: Dautelle (Radikalsocialist); Handelsmarine: Léon Meyer; Kolonien: Fagot (Demokratische Linke); Arbeit: Dalmier; Pensionen: Bertold.

Unterstaatssekretäre:

Ministerpräsident: Herriot; Außenminister: Herriot; Inneres: Israël; Luft: Bernier; Technischer Unterrichts: Ducos; Körperliche Erziehung: Marcombe; Öffentliche Arbeiten: Margaine; Kolonien: Caubace; Touristik: Curdeau.

Mit Bezug auf die Außenpolitik liegen die wichtigsten Vorträge in den Händen Herriots, Chautemps, Paul-Boncour, Palmade, Léon Meyer und Germain Martin. Inner diesen Männern sind aber bereits Ministerpräsident genannt, während die übrigen schon viele Jahre eine hervorragende politische Rolle spielen.

Über die außenpolitische Einstellung des „nationalen Parteien“ Herriot besetzt nach seinen vielen Reden und Erklärungen aus der letzten Zeit sowie nach seinem stets betonten Standpunkt in der Frage der Abrüstung, der Tribute und der mitteleuropäischen Frage gar kein Zweifel. Er hat stets betont, daß es für Frankreich eine Politik, die Aufrechterhaltung seiner „vertriebenen Ansprüche“, gebe, und daß er von der Haltung seines Vorgängers in der Sache nicht abzuweichen könne.

Um die Stetigkeit der französischen Politik in Genf zu wahren, hat der Ministerpräsident das in diesem Augenblick besonders wichtige Kriegsministerium

Paul-Boncour

anvertraut. Dieser ist seiner Meinung nach ein Nationalist mit einem sozialen Einschlag für den innerpolitischen Gebrauch. Man weiß wohl, was die innerpolitischen Ziele sind, die die Auffassung der französischen Ziele für die Vorkriegszeit und ihre Verwertung im Augenblick haben. Paul Boncour als Außenminister und Vorkämpfer des Verteidigungsausbaus gehört ebenfalls zu den Leuten, deren „nationale Aufrichtigkeit“ in allen Fragen der französischen außenpolitischen Ziele und Interessen durch Erfolge feststeht.

Er geht mit Herriot und Paul-Boncour zu dem Dreieck der unentwegten Verfechter des Siderfests-Standpunktes.

Die Pariser Öffentlichkeit ist mit dem neuen Kabinett im großen und ganzen sehr zufrieden, da es seiner Zusammenlegung nach keine Spur von parteilichen Neigungen zeigt und in jedem Falle als eine nationale Regierung gelten muß. Es wird besonders betont, daß die außenpolitische Festigkeit vollkommen gesichert erweise in daß das französische Volk zuversichtlich in die Zukunft blicken könne.

## Deutsche Tageschau

Veränderungen in der Diplomatie.

An Stelle des ursprünglich in Aussicht genommenen Vortragenden Legationsrats Dr. Rabenberger zum Dirigenten der Presseabteilung der Reichsregierung ist nunmehr zum Auswärtigen Amt an einen Beamten des auswärtigen Dienstes gedacht worden. Er werden genannt der deutsche Gesandte in Kigo, Dr. Stieve, oder der deutsche Gesandte in Kowal, Dr. Schreiber. Weiterhin ist neu zu belegen das Amt des Chefs des Protokolls, das Graf Zantenbach im nächsten Jahr eine Geschäftsbefähigung übernimmt. Es werden für diesen Posten genannt Graf Waldmann, der letzte Generalkonsul in Rotterdam und Baron von Hüne, der gegenwärtig als Vertreter des Auswärtigen Amtes beim Reichspräsidenten tätig ist.

Wierpennigstücke für die Soldaten.

Der Reichswehrminister hat einen Entwurf herausgegeben, in dem es heißt: Von den in letzter Zeit geprägten Wierpennigstücken lagern infolge mangelhafter Nachfrage große Bestände bei den Reichsbankanstalten, obwohl von vielen Seiten über das Nichtvorhandensein dieser Münzwerte Klagen geführt werden. Um die Wierpennigstücke dem Zahlungsvorkehrer auszuführen, werden die Kassen angewiesen, Soldaten, Beamten, Angestellten und Arbeitern bei den jeweils weiterverehrenden Behältern und Böden Zahlungsmittel im Werte von 2 000 im Wierpennigstücken auszugeben.

Sein künstlicher Fuß machte ihm immer noch große Beschwerden. Er konnte nicht richtig laufen, außerdem hatte er häufig Schmerzen.

Ein Glid war es, daß es ihm gelang, sich seine Kunstschuhe zu erwerben. So hatte er jeden Sonnabend einen Rechtsanwalt auf das Land hinauszufragen, wo er ein Sonntag abends oder manchmal auch erst Montags früh wieder abholen mußte. Für solche Fahrten war ein fester Preis vereinbart. Durch Empfehlungen dieses äußerst lebenswürdigen Herrn erhielt er auch mehrere Dauerhandschuhe.

Es tat ihm sehr wohl, daß ihn Dr. Jäger, der Rechtsanwalt, oft in ein Gespräch zog, wobei er ihm durchaus wie einen gleichgestellten Gleichgestellten behandelte, obwohl er noch nicht vertragen hatte, daß er es auch wirklich war. Eines Tages kam Jäger selber darauf zu sprechen.

„Sagen Sie mal — ich glaube, Sie sind gar nicht das was Sie augenblicklich vorkommen! Warum spielen Sie diese Rolle?“

Honsbrud erzählte ihm nun seine Lebensgeschichte. Der Rechtsanwalt hörte interessiert und teilweise direkt ergriffen zu.

„Wenn Sie aber doch promoviert haben —“ meinte er, als Honsbrud geendet hatte, „warum nehmen Sie da nicht eine Stellung an, die Ihrer würdig ist?“

„Ich hatte mich um verschiedene bemüht,“ erwiderte Honsbrud, „aber ohne den Nachweis einer früheren praktischen Tätigkeit hätte ich doch nur untergeordnete Stellen erhalten können. Das aber wollte ich nicht. Ich bin zu sehr Freiheitsmensch und will mein eigener Herr sein. Und ich muß sagen, daß ich es da mit meiner jetzigen Tätigkeit einmengen getroffen habe.“

Er sprach sich noch weiter dahin aus, daß es ihm ganz wertvoll erweise, auch einmal beruflich mit anderen Vorkämpfern zusammenzukommen. Er befände sich immer noch an der Schwelle nach Wien. Unter den einfachen Arbeitern aber bereits viel mehr ehrliche und gesunde Naturen gefunden, als unter den sogenannten Gelehrten. (Fortsetzung folgt.)

## Jagd nach Menschen

ROMAN VON HANS R. HILDEBRANDT

(38. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Die Nachforschungen nach der „Gräfin“ wurden von der Polizei jetzt ganz intensiv betrieben. Die Leiche des verunglückten Hochkapitlers Erwin Jäger, der auch als Ingenieur Venz oder Regisseur Strang aufgetreten war, wurde in der Nähe von Le Havre angeschwemmt und geborgen. Sie blieb lange verschollen. Die Identität konnte einwandfrei festgestellt werden. Man ging den Spuren bis Breslau und anderen Städten nach und konnte dadurch zu der Feststellung kommen, daß er immer mit der „Gräfin“ gemeinschaftlich gearbeitet hatte und daß auch andere Leute mit im Spiele waren. Es handelte sich um eine internationale Verbrecherbande, die sich hauptsächlich mit Zwangsentrückung und Währungsandel beschäftigte.

Nach Budapest, wo man die „Gräfin“ noch immer vermutete, wurde ein genauer Bericht geschickt, auf Grund dessen auch dort genau nachgeforscht wurde.

Viele Nachforschungen führten zur Verhaftung eines gewissen Ben Abdul, der schon verdächtig geworden war und angeblich mit Fräulein handelte. In seiner Wohnung, die man genau durchsuchte, wurde eine Menge belastendes Material gefunden. Auf Spuren der Malwola entdeckte man hier, nach anfänglicher Weigerung, daß er zu feine einige Tage bei sich beherbergt zu haben. Sie sei abgereist. Wohin, wußte er nicht.

Besonders wertvoll erschien der Polizei ein Album mit Photographien, das man an einer verborgenen Stelle unter der Diele fand. Ein Polizeibeamte hatte die Stelle aufgedeckt.

Die Photographien zeigten lediglich junge Mädchen dar, zum größten Teil waren es Mitländer; einige ganz oblique Aufnahmen befanden sich auch dabei. Es handelte sich um burdweg hübsche Personen. Ben Abdul beauptete, im stillen ein wenig Grim-agen-

# Aus der Heimat und dem Reich.

Remberg, den 6. Juni 1932

## Bauernwort vom Juni

Im Juni ist die Heumähd. Damit beginnt für den Landmann die erste große, schwere Arbeit, zugleich aber auch die erste Freude des Wachs- und Erntefröhens. Die Weizenernte vom Juni gehen im Feld- und Wiesensorgen Warm und trocken soll der Juni sein, denn, wenn „kalt und naß der Juni war“ — verdirbt er meist das ganze Jahr — oder „Bradmonat naß — leert Scheune und Faß“, ganz ähnlich belagte folgende Bauernregel: „Am Juni viel Donner — bringt einen trüben Sommer“. Auch der Juni hat seine bestimmten Wetterzeichen: „Ist das Wetter zu St. Medardus naß — so regnet's ohne Unterlaß“. „Meynets an Peter und Paul — wird des Bäckers Ernte faul“. Vom gleichen Tag lag ein anderes, zwar dörbes, aber unwillkürlich Volkswort: „Schönes Wetter an St. Paul — füllt die Leichen und das Maul.“

Der Ziergarten im Juni. Die Beetbesetzung wird fortgeführt, und abgeblühte Gehölze wie Prunus, Flieder usw. werden abgeerntet. Es wird bei Niederhölzern zur besseren Ausbildung des Triebes nötig werden, kräftig zu gießen. Rosen erhalten Dünngut zur besseren Befruchtung der Blüten. Rosenzweigen, die aus geschlagener Lage sind durchgemurrt lag, werden reichlich gegossen. Dazwischen hat mit vorhandenen Blaupflanzengruppen zu gehen. Arien, deren Herbstflor zur Belebung der Gartenarbeit dienen soll, sind jetzt auszusäen, später auf abgeernteten Beeten auszusäen, um nach dem Abräumen der Blumengruppen im Herbst als blühende Büsche auf solche gepflanzt zu werden. Topfpflanzen müssen flüchtig mit flüssigem Dünger oder mit hochkonzentrierten Nährsalzen gegossen werden, wobei die Gebrauchsanweisung stets genau zu beachten ist. Der Rosen als schönster Schmuck des Gartens ist sorgfältig zu pflegen, von Unkraut frei zu halten und regelmäßig zu gießen. Etwas alte Stiele werden frisch angelegt. Mitte Juni beginnt man mit dem Abenten der Ablegen der Weiden in Lössen oder auf Gartenbeete, nachdem sie vorher gut befeuchtet wurden.

Bei der am 1. Juni 1932 durchgeführten Schweine-zählung wurden in 208 Haushaltungen 1115 Schweine gezählt und zwar 4 Geseh, 110 Nachfalten und 1091 Ferkel und Ferkelwärsche. Käfer wurden in den Monaten März bis Mai 70 Stück gezählt.

Junge Vögel. Die erste Haufe unserer geschiedenen Sänger ist flüchtig, und nicht nur Stare, nein auch Rot-schwänzchen, Weiden usw. haben ihre Jungen groß gefruchtet. Die Vögelkinder führen ihre Mütter aus und warnen sie bei drohender Gefahr. Leicht fliegen kleine Vögel Kagen und anderen Nahrung in die Hände. Aber da ist es Pflicht der Beobachter, diesem Unheil zu begegnen. Auch kleine Vögel soll man sich ansehen, die noch nicht recht fliegen können. Man braucht sie nur auf einen Baum zu legen, und die Alten nehmen sich der Kleinen wieder an.

Viele Hausfrauen wissen noch nicht, daß es auch beim Nachfüllen von Maggi's Würze Gutfische gibt. Verlangen Sie deshalb diese stets bei Ihrem Kaufmann. Das fleißige Sammeln der Maggi-Gutfische wird durch wertvolle Prämien belohnt.

Der Bau des Breslauer Großfunkensenders und die umfangreichen Abnahmemaßnahmen sind ferner fortgeschritten, daß die neue Sendeanlage etwa Mitte Juli für betriebsfähige Vergleichsversuche über die Wirkung der neuen, erstmalig in freierform ausgeführten und im Innern des 140 m hohen Turmes befindlichen Antenne zur Verfügung steht. Für die Dauer dieser Versuche bleibt der alte Sender im Betrieb. Die endgültige Abnahme des Breslauer Großsenders ist hiernach im Laufe des Monats August zu erwarten. In Leipzig und Frankfurt (Main) geht der Aufbau der neuen Sender programmatisch weiter. Während die eigentliche Montage des Senders Leipzig etwa Mitte Juni beendet sein wird, wird dies für Frankfurt (Main) Ende Juni der Fall sein. In die Auf-bauarbeiten schließen sich die erforderlichen Durchprüfungen und Messungen der einzelnen Senderteile usw. an, die nur nach beendeter Aufbau der Anlage an Ort und Stelle möglich sind. Mit der Inbetriebnahme dieser beiden Sender, die bekanntlich ihre Wellen tauschen, ist somit ebenfalls im Laufe des Monats August zu rechnen.

Sportprot. Am gestrigen Sonntag wurden im Ritterstade Stadion die Wettbewerbe in Volksturnen der 3 Gaus (Niedr., Sächs., Gau, Jahn, Gau, Sorben) ausgetragen, an denen sich 20 Turner und 20 Wettbewerber beteiligten. Auch Mitglieder unserer M.S.V. beteiligten sich an den Wettkämpfen und konnten trotz der starken Beteiligung aus dem größten Vereine ganz beachtliche Erfolge erringen, die wir nachstehend veröffentlichen:

200 m-Lauf für Turner (Oberstufe):  
Werner Wegbank 3. Sieger in 25 Sek.  
100 m-Lauf für Turner (Oberstufe):  
Herbert Widau 1. Sieger in 11,6 Sek.

3-Rampf Turner (Unterstufe):  
Friedrich Hoffmann 5. Sieger mit 64 Pkt.  
Kugelföhen (Jugend 1914/15):  
Friedrich Hoffmann 2. Sieger mit 11,46 m.

Scholtz, 4. Juni. (Fast zu Tode geschleift). Am Montag vermisste der hiesige Garknirz seinen Hofhund, der angesetzt gewesen war. Nachforschungen ergaben, daß in der Nacht zum Montag ein Motorradfahrer und ein Sojus, das Tier von seiner Hüfte losgerettet und es auf ihrer Fahrt hinter sich her geschleift hatten. Der Hund wurde, aus vielen Wunden blutend, fast, der Weiblich halbtot aufgefunden. Wegen die „tierliebenden“ Motorradfahrer ist Anzeige erstattet worden.

Pratan. Die Starftromleitung berührt. Hier be-trüßte der 10 Jahre alte O. Frick, Schultfr. 15, auf dem Hofe des Grundstücks ein herabhängendes Ende einer gestrichelten Starftromleitung. Der Knabe, der die herab-hängende Leitung befehle legen wollte, erhielt ein so starkes Schlag, daß er mit dem häßlichsten Kränkenwagnen zu einem Arzt und dann ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Noisich, 2. Juni (Ein Verstoß im Rabnagen). Ein hiesiger Fieselweberfiel schlachtete dieser Tage ein Hind und fand in den Därmen ein Geschöß eines 98er Gembredes. Natürlich läßt es sich nicht mehr feststellen, woher das eigenartige Aufstatter stammt.

## Widerer arbeiten im Hochwassergebiet.

Eilenburg. Von einem Jäger wurde eine Wilderer-hunde beobachtet, die Haken und Fische in das Hochwasser-riebe, um es dann leicht zu fangen. Als der Jäger näher ging, flüchteten die Jureiter. Zwei Männer, die im Wasser stunden, blieben zunächst zwei Stunden lang darin, ehe sie flüchteten, herauszukommen. Die Namen sämtlicher Beteiligten wurden festgelegt.

Masendorf (Kr. Liebenwerda). Zwei Mädchen von 8 und 12 Jahren fielen dem Brenneisflüden in die Kleine Elster. Während das ältere sich retten konnte, fand das jüngere Mädchen den Tod.

Strasfurt (Kr. Weißenfels). Unter dem Auto. Auf der Straße nach Erikt wurde ein Eisenbahnbeamter mit seinem Fahrrad von einem Straßenwagen überfahren. Der Radfahrer hatte seine Fahrtrichtung plötzlich geändert und war von dem Auto, das ihn überholte, erfasst worden. Er wurde in hoffnungslosem Zustande in das Krankenhaus gebracht. Das Auto fährte in den Straßengraben und wurde schwer beschädigt.

Vater und Sohn vom Bih getölet.

Gonna (Kr. Saargau). Bei einem Jagdausflug wurde der Dreier Otto Scharlach von dem Bih getölet. Der Dreier wurde in der Nähe des Ortes unter einer Weide gefasst, in die der Bih einschlug.

Falschhänger erhalten harte Strafen.

Nordhausen. Vom Schöffengericht wurden der Schloffer Frick und der Dreier Otto Scharlach von dem Bih getölet. Der Dreier wurde in der Nähe des Ortes unter einer Weide gefasst, in die der Bih einschlug.

Nordhausen. Vom Schöffengericht wurden der Schloffer Frick und der Dreier Otto Scharlach von dem Bih getölet. Der Dreier wurde in der Nähe des Ortes unter einer Weide gefasst, in die der Bih einschlug.

Wangeritz (Kr. Saalbau). Ein in junge Mädchen, das die elektrische Stromleitung benutzte, erlitt durch elektrische Schläge gefährliche Verletzungen, weil es beim Aben der Leitungsschur den Stromkontakt nicht aus der Leitung gezogen hatte, ehe mit dem anderen Kontaktende in Berührung kam. Der Strom drang dem Mädchen in den Körper, so daß es demnach zu Boden fiel. Die Verunglückte konnte erst aus ihrer unglücklichen Lage befreit werden, als ein Hilfskommende den Stromkontakt aus der Leitung zog.

Disziplinverstoß gegen einen Studenten.

Ballenstedt (Harz). Das anhaltische Disziplinngericht verurteilte der Student Dr. J. von Schönbach, Gymnasium wegen unangemessenen Verhaltens gegenüber den Schülern zu einer Geldstrafe von 500 Mark. Außerdem wurde auf einen Verweis erkannt. Die Annahme, daß der Student in der Schule zu einem Verstoß gekommen sei, konnte jedoch nicht aufrecht erhalten werden.

Am die räufständigen Junters-Geschäft.

Dessau. Zwischen den Vertretern der Juntersbetriebs-Gesellschaft und der Regierung fanden unerwartliche Be-sprechungen über ein Verbot des Straßens zum Zweck der Ausschaltung der räufständigen Beamtengehälter statt. Es kommt eine Summe von 300 000 Mark in Frage. Die Regierung ist zu entgegenommen bereit, vorausgesetzt, daß auch das Reich ihre Bereitwilligkeit. Mittel vorzustrecken, erkennen läßt.

Ein Gläubiger verarmt durch die Junters-Demos. Ein Gläubiger, der in der Junters-Demos verarmt, weil der Treuhänder die Gesellschaft für den Verlust des Wärs-Brandens, kein Amt niedergelegt hat. Die verarmte, ist Dr. Kohlen bereit, das Amt des Treuhänders zu übernehmen.

Die behördliche Befämpfung der Schwarzarbeit.

Magdeburg. Wie die Sondererkarmer mittel, hat das Arbeitsamt Magdeburg, durch seine hiesigen Be-amtungen der Schwarzarbeit Vermittlungen von Arbeitskräften an berufserfahrene Arbeitgeber abzuwehren, um jegliche Möglichkeit von Schwarzarbeit von vornherein zu vermeiden. Außerdem wurde eine starke Zusammenarbeit in der Er-fassung der einzelnen Arbeitsfälle vereinbart.

Gefängnis wegen falschfähriger Ebnung.

Naumburg. Auf einer Fahrt mit dem Motorrad verunglückte bei Wittenberg der Zimmermann Rammel aus Eisenbach tödlich. Er war in einen ungenügend beleuchteten Ausfahrtzug hineingefahren. Der Führer des Zuges, Erich Wegner aus Leipzig, war daher unter Anklage gestellt. Er will in Merseburg eine Banne gehabt haben, deshalb sei die rechte Laterne abgehängt worden, doch habe man Warnungsschilder abgehängt. Wegner soll jedoch auch nicht weit genug rechts gefahren sein. Das Urteil des Schöffengerichts lautet nach dem Antrag des An-walters auf drei Monate Gefängnis.

Naumburg. Der Schlossermeister Arthur Crongeper in Eckartsberga hatte Gelder aus Rentem, die er als Vormund von zwei Wunden in Ansbach, auf sein eigenes Erbe zurückgezogen. Durch Konkurs einer Apoldaer Firma hat er dann in Schwereigkeiten und verfiel über das Geld. Bei der Schwereigkeiten der Vormundschaft fehlten 750 Mark. Der Schaden ist durch Güternutzung von zwei Spar-tassenfährern gedeckt. Das Schöffengericht verurteilte ihn wegen Unterschlagung zu drei Monaten Gefängnis.

Quedlinburg. Tödlicher Motorradunfall. Der Schuhmacher Schmidt, der ein altes Motorrad aus-probierte, raste in der Bankestraße mit einem Lastzug zusammen, unter dessen Räder er geriet. Er wurde be-wundungslos aufgehoben und starb bald darauf, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben.

Stasfurt. Die Stadt beabsichtigt, die Zahl der erwerbslosen Jugendlichen dadurch zu verringern, daß sie im Wege des Freiwilligen Arbeitsdienstes die Entwässerung der sogenannten Mittelflur vornehmen läßt. Durch diese Maßnahme würde die Stadt nicht nur ein Stück Au-torität und Ehre gewinnen, sondern auch der Arbeitsmarkt würde etwas erleichtert werden. Auch für den neuen Entwässerung nach Verburg ist die Mittelanschaffung der jugendlichen Erwerbslosen geplant.

# Neues aus aller Welt

Mutter bringt mit 2 Kindern aus dem 4. Stock. Die 37jährige Karoline Alprison aus Hamburg erlangt ankommen mit ihrem neun und sechs Jahre alten Knaben aus ihrer im vierten Stock gelegenen Wohnung auf der Straße. Die Ehefrau und der älteste Knabe war sofort tot. An dem Auf-kommen des Sechsjährigen muß gewweifelt werden. Nach einem Brief erfolgte die Verzweiflungstat, wegen unglücklicher Familienverhältnisse.

Reife Berunterteilungen eines Buchhalters. Der bei der Firma R. G. für 5000 und Einarbeitung Witkop-Angabe-ung beschäftigte 40 Jahre alte Buchhalter Albert Becker wurde von der Kriminalpolizei festgenommen. Er hat im Laufe der letzten acht Jahre Unterfertigungen in Höhe von weit über 100 000 Mark begeben. Zum größten Teil hat Becker die Unterfertigung während seiner Tätigkeit in Berlin verübt, wo er bis zum Jahre 1930 für die Firma beschäftigt war. Durch raffinierte Buchführung hat es der Beteiligte gelungen, betragsmäßig größere Beträge für seine Zwecke überzukübeln. Becker ist in vollem Umfange gefänglich, über die genaue Höhe der Unterfertigungen und über den Verbleib der Summen muß die bereits eingeleitete richterliche Untersuchung erst Klarheit schaffen.

Raubmörder verhaftet. In Breslau wurde am 24. Mai die 59 Jahre alte Frau des Oberpostkassiers und Hausbesizers Paul Schubert, Selma Schubert, in ihrer Wohnung in der Schleiermacherstraße 6 mit einer schweren Kopfwunde tot aufgefunden. Es lag augenscheinlich ein Raubmord vor. Die Kriminalpolizei hat seit den 26 Jahre alten Inhaftierten Frig Reinerth aus Breslau unter dem dringenden Verdacht, den Mord an der Frau Schubert be-gangen zu haben, festgenommen. Reinerth hat bereits ein Teilgeständnis abgelegt. Unter dem Verdacht der Mittäterei sind der 27jährige Schloffer Heinz H. und der gleich-altrige Arbeiter Oswald R. festgenommen worden.

Der Schwereverlehte bei einem Autounfall. Ein schwe-res Automobilunfall ereignete sich in der Nähe von Schief-bahn bei Krefeld. Auf der Chaussee am Nordrand kam ein holländisches Automobil, das Hochgeschwindigkeit mit Dieselmotor abgehoht hatte, ins Schleudern und fuhr gegen einen Baum. Von den sechs Insassen wurden vier schwer und zwei leichter verletzt.

Zwei Tote durch Blühflut. In der Nähe des Dorfes Gonna bei Saengerhausen schlug der Bih in eine Weide. Unter dem Baum hatte ein 67jähriger Bergmannswunde mit seinem 15jährigen Sohn Schutz gesucht. Beide wurden vom Bih getölet.

Zwei Frauen vom Bih erschlagen. Bei einem schweren Unwetter schlug der Bih in Krefeld ein (Hessen) in einen Baum, unter dem mehrere Frauen, die bei Feldarbeiten von dem Bemitter überfallen wurden, Schutz gesucht hatten. Vier Frauen wurden zu Boden geschleudert. Zwei waren sofort tot, während zwei andere erhebliche Verletzungen erlitten.

Wegen Sabotage an Dieselmotoren verurteilt. Das Reichsgericht in Leipzig hat am 11. Juni eine Urteile über die Firma Wankab Motorenbau in Friedrichshagen zu vier Jahren Gefängnis, weil er Sabotageakte im Betriebe be-gangen hatte. An einem Aufschiffmotor wurden mehrere Male Beschädigungen vorgenommen. An der Verhandlung führte der Ankläger als Entschuldigungsgrund an, daß er sich durch fortwährende Enternen der Beschädigungen bei seinen Vorgesetzten habe herbeizumachen wollen. Dem Angeklagten lagen noch weitere Fälle von Sabotageakten zur Last, doch wurde er in diesen Fällen mangels genügender Beweise freigesprochen.

Oberteile durch Hagelschlag vernichtet. Von einem schweren Hagelsturm wurde die Siedlung des Golling heim-gelucht Hagel von Laubengröße vernichtet in Lissa und in der näheren Umgebung in kurzer Zeit die ganze Oberteile zerstört wurden zerstört und Tele-phonleitungen und Telegraphenleitungen zerrissen. Große Regen-nengen ergossen sich in die Keller der niedriger gelegenen Häuser, die von der Feuertwehr ausgepumpt werden mußten.

## Schuldung bei Unfallschäden

Bei den hiesigen politisch unruhigen Zeiten haben sich die Gerichte häufig mit Fragen zu befassen, die sich auf Un-fallschäden beziehen. Wie ist die Rechtslage?

Man muß hier Sachschäden an Leib und Leben und sonstigen Schaden des Verletzten, die im Zusammenhang mit unruhen durch offene Gewalt oder durch ihre Ab-wehr an bemängeltem oder unbeweglichem Eigentum un-mittelbar verurteilt werden, beiseite Erklärungsprinzipien gegen das Land in dem der Schaden entstanden ist auf Grund des Reichsgesetzes vom 12. 5. 1920 (abgeändert durch die RD. vom 11. und 29. 3. 1924). Der Antrag auf Entschädigung besteht nur, wenn und soweit ohne die Entschädigung das wirtschaftliche Verbleiben des Betroffenen gefährdet würde. Bei einem Grundstück ist er davon abhängig, daß dessen Wiederherstellung sichergestellt ist. Der Antrag muß binnen drei Monaten seit Schadensentritt angemeldet sein. Die Höhe der Entschädigung beträgt höchstens 75 Pro-zent des schätzten Schadens. Dabei ist abzumachen, ob bei Entschädigung des Schadens Verbleiben des Betroffenen mit-gewahrt hat. Ein Entschädigung fällt fort, wenn wissenschaftliche Angaben bei Aufstellung der Schadenrechnung ge-macht wurden.

Bei Schäden an Leib und Leben bildet die Grundlage das Verbleibensdingengesetz vom 15. 7. 1922 in der Fassung der RD. vom 29. 3. 1924 und nach dem Reichsverordnungs-gesetz. Der Antrag richtet sich gegen das Land, in dem der Schaden entstanden ist. Die Anmeldung hat binnen sechs Monaten seit Schadensentritt zu erfolgen.

## Gelt den Landgemeinden!

Ein Aktus auf die neue Reichsregierung. Auf einer Tagung des Provinzialverbandes Sachsen im Verband der Reichlichen Landgemeinden, die in die in Schierke stattfand, referierte der Präsident des Deutschen Landgemeindes Dr. Cordeck über die Lage der Landgemeinden. Er sprach von den unzulänglichen Maßnahmen der Regierung auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge, durch die die Gemeinden in häußerliche Bedrängnis geraten seien.

Einzelne derartige Fälle mit der vom Reich und Staatsan-gewandten Methode gebrochen werden, auf Kosten der Gemeinden die eigenen Haushalte zu sanieren. Die Landgemeinden fordern einheitliche Lösung des Unter-fütungsproblems für Erwerbslose, Behebung des Arbeitsmarktes durch Erwerbslos- und Meliorations-Unterstützung durch Beteiligungen des platten Landes, Land-

fische Siedlung und vor allem, daß die Reichsregierung endlich den seit langem verprochenen Plan der Finanzreform verwirklicht.

Mit aller Deutlichkeit müsse erklärt werden, daß eine weitere Befreiung der ländlichen Einwohnerschaft unter keinen Umständen mehr vorzunehmen werden könne und daß es völlig ausgeschlossen sei, auf dem Wege neuer Steuern oder Steuererleichterungen die Mittel zum Ausgleich der ländlichen Gemeindefinanzen aufzubringen. Nur jährliche Hilfe könne die Landgemeinden vor einem allgemeinen Zusammenbruch bewahren. Diese Hilfe erwarteten die Gemeinden von der neuen Reichsregierung.

### Landarbeiterlöhne und -tarife abgebaut

Für die Provinz Sachsen und den Freistaat Anhalt ist ein endgültiger neuer Tarifvertrag zwischen landwirtschaftlichen Arbeitnehmern und Arbeitgebern ohne Inanspruchnahme staatlicher Instanzen abgeschlossen worden. Neben allgemeinen Lohnsteigerungen bringt dieser Tarifvertrag eine Bestimmung, die verbotswirksam für 1932 festlegt, daß der Lohn für nicht vollwertige und ausfallswirksame eingestellte Arbeiter, sowie für auf Antrag von Gemeinden beschäftigte Anstellungsempfänger, in diese Vereinbarung unter Mitwirkung der Arbeitgebervereinigungen eingestuft werden kann, so daß also diese Personen den Lohnfestsetzungen des Tarifs nicht unterliegen.

Diese Bestimmung bedeutet einen Verzicht zur Auflockerung des Tarifvertrages. Man begründet ihn mit der Möglichkeit einer Arbeitsbeschaffung für Erwerbslose in großem Umfang.

### Sklareprozeß

Parteienvirtschaft in der Berliner Stadtverwaltung.

Berlin, 4. Juni.

Der Oberstaatsanwalt beantragte gegen die Brüder Willi und Leo Sklare wegen fortgesetzten Betruges zum

Schaden der Berliner Stadtbank, zum Teil in Tateinheit mit schwerer öffentlicher Urkundenfälschung, wegen Betruges zum Schaden der Dresdener Bank und der Oßbank, wegen Kontausverbrechens in Tateinheit mit Kontausvergehen und wegen fortgesetzter aktiver Befolgung je sechs Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrenverlust.

Gegen den Stadtbankdirektor Schmidt beantragte der Oberstaatsanwalt wegen schwerer passiver Befolgung zwei Jahre sechs Monate Gefängnis, gegen den Stadtbankdirektor Hoffmann zwei Jahre Gefängnis, gegen Bürgermeister Schneider ein Jahr neun Monate Gefängnis, gegen Stadtrat Göbel ein Jahr acht Monate Gefängnis, gegen Stadtmagistrat Sefelowski zehn Monate Gefängnis und gegen Stadtrat Degener neun Monate Gefängnis.

Gegen Hofmann, Schmidt, Schneider, Göbel, Kopf, Sefelowski und Degener beantragte der Oberstaatsanwalt auch zu erkennen auf die Unfähigkeit zur Befolgung öffentlicher Ämter für die Dauer von fünf Jahren.

Gegen den Buchhalter Lehmann wurde vom Oberstaatsanwalt wegen Beihilfe zum Betrüge und zur Urkundenfälschung zwei Jahre Gefängnis und gegen den Buchhalter Buch wegen Beihilfe zum Betrüge ein Jahr Gefängnis beantragt. Gegen den Diplomkaufmann Lubin beantragte der Oberstaatsanwalt wegen schwerer passiver Befolgung ein Jahr drei Monate Gefängnis.

Zum Schluß wurde von Oberstaatsanwalt Freiherrn von Steineder beantragt, gegen die Geschwister Sklare mit sofortiger Vollstreckung erneut Haftbefehl zu erlassen.

Nach längerer Beratung lehnte das Gericht den Antrag der Staatsanwaltschaft, die Brüder Leo und Willi Sklare zu verhaften, ab, da kein Grundverdacht bestehe.

Das Gericht bejahte aber, die Sklars in Polizeigewahrsam zu nehmen, um die sichere Zuführung des Prozesses zu gewährleisten. Da beide auf den Verlauf ihrer Verhandlungsfähigkeit geprüft werden sollen, werden sie in den nächsten Tagen einer eingehenden ärztlichen Prüfung unterzogen werden.

### Hornmehl als Dünger.

Bekanntlich hat reiner Hornmehl einen Stickstoffgehalt von 14% und ist infolgedessen ein vorzüglicher Dünger, da er alle erforderlichen organischen Stoffe enthält, um einen Boden erfolgreich zu mädern.

Es ist durch Untersuchungen von landwirtschaftlichen Versuchsanstalten erwiesen, daß alle mit natürlichen Stoffen bedingten Pflanzen besonders gut gedeihen und deshalb diesen Pflanzennährstoffen besser widerstehen. Hornmehl hat sich zur Düngung von Blumen sehr bewährt, und im Gemüsebau wird Hornmehl vielfach verwendet, um dem Gemüse einen kräftigen und angenehmen Geschmack zu sichern. Hornmehl sollte daher im Gemüsebau nach wie vor Beachtung finden, und könnte sich dann der Brauch vieler durch einen Verzicht auf Hornmehl von der Wirkung selbst überzeugen. Hornmehl wirkt zu jeder Jahreszeit.

Die Verwendung von flüssigem Hornmehl, also nicht Hornmehl, ist sehr wertvoll für die Wirtschaft. Staubreines Hornmehl, wie es Vachter & Günther, Maxenberg i. Sa. durch neue Verfahren herzustellen, ist daher ein großes wertvolles Düngemittel mit zu den stärksten Pflanzen und in von ansehnlicher Wirkung.

### Geschäftliches.

**Wesentliche Preisentung im Schallplatten-Vollverband.** Eine deutliche Preisentung hat wiederum der Schallplatten-Vollverband eingeleitet. Ausgehend von dem Gebot, daß die modernen Tanz- und Tanzmusikplatten der zeitlichen Begrenzung entsprechen, der ihre Aktualität unterworfen ist, auch im Preise besonders zu berücksichtigen sind, hat der Schallplatten-Vollverband alle Platten seiner umfangreichen Gruppe II: Tanz, Tonfilme und Unterhaltungsmusik auf den Einheitspreis von 1,40 RM gesetzt, also um rund 18% gesenkt. Dieser billige Preis ist jedoch nicht etwa durch verminderte Werte erreicht, vielmehr sind auch diese Glanz-Schallplatten in der Qualität Weiterplatten und nur im Preis Volksplatten. Das neue Schallplatten-Verzeichnis ist kostenlos und unverbindlich anquartieren von der Hauptgeschäftsstelle Berlin-Charlottenburg 2, Berliner Straße 41-43, verlost zum Preis dieser erlaucht, billigen und schwerverbreitlichen Volksplatten.

**Alle Zeitungen u. Zeitschriften** liefert frei Haus **Richard Arnold**, Buchhandlung

## Photo-Alben

Photo-Ecken zum Einkleben von Amateur-Photographien empfiehlt in reicher Auswahl

**Richard Arnold, Buch- u. Papierhandlung**  
Kemberg, Leipzigerstraße 64/65 u. Markt 3



**Kauft deutsche Ware**  
und Ihr schafft  
Arbeit und Brot

## Prima frisches Rindfleisch frische Flecke

empfehlen **Heinrich Schneider**

## frisches Rindfleisch und frische Flecke

empfehlen **Ernst Bachmann**

**Morgen Dienstag**  
von früh 1/8 Uhr an  
**ff. Speckfuchen**  
**Graff Wend**

**Morgen Dienstag**  
von vormittag 1/10 Uhr an  
**ff. Speckfuchen**  
**Bäckerei Berndt**

Empfehle **Dienstag früh blutreich**  
**Schellfisch**  
**Kablau :: :: Fischilet**  
ferner stets frisch

**Neue Fettbücklinge, ger.**  
**Schellfisch, Matjesheringe**  
**Neue saure Gurken**  
**Richard Tempelhof, Tel. 256**

## Eine Kabelwiese

zu verpacken. **Ständer**

## Ferkel

verkauft **Otto Allner, Burgstraße 3**

## Farben und Zubehör

gut und billig immer bei **Rudolf Huhn**

## Preuß. Klassen-Lotterie

Die Frist zur Erneuerung der Lose 3. Klasse läuft am **Mittwoch, den 8. Juni** ab. Einige Ahtel-Lose sind noch zu haben bei **Richard Arnold**

## Krieger-Verein

**Morgen Dienstag, abds 1/9 Uhr im Palmbaum**  
**Bersammlung**  
Um zahlreiches Erscheinen bittet **der Vorstand**

## Kochen Sie MAGGI'S Suppen

Sie sparen Arbeit, Zeit und Geld  
— 32 Sorten —

**Sammeln Sie MAGGI-Gutscheine!**

## Für die Reisezeit

empfehle **Reise- u. Stadtkoffer**  
echt Hartplatte und Leder, alle Grössen  
**Aktenmappen, Handtaschen**  
**Portemonnaies**  
in reicher Auswahl und zu billigsten Preisen

**Richard Arnold .s. Kemberg**  
Leipziger Straße und Markt

## Vergillose Bonbons für den Husten

Heiserkeit, Verschleimung, Bronchialkatarrh - in allen Apotheken erhältlich. Stets vorrätig: Apotheke Kemberg.

Gestern vormittag entschlief sanft unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter  
**Ww. Ernestine Grune**  
im Alter von 79 Jahren.  
Dies zeigen tiefbetrubt an  
**die trauernden Hinterbliebenen**  
Kemberg, den 6. Juni 1922  
Die Beerdigung findet am Mittwoch nachm. 3 Uhr von der Friedhofs-kapelle aus statt

Gestern Nacht 3 Uhr entschlief unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter und Tante  
**Ww. Wilhelmine Zimmermann geb. Löser**  
im 72. Lebensjahre.  
Dies zeigen tiefbetrubt an  
**die trauernden Hinterbliebenen**  
Kemberg, den 6. Juni 1922  
Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittag 4 Uhr von der Friedhofs-kapelle aus statt

**Fliegenfänger** **Margarineverteiler (in)**  
empfehlen **Richard Arnold**  
Zanbarer, christlicher  
gel. Nabh. durch Off. unter J. D. 460  
an die Expedition.

## Magdeburger Pferde- und Auto-Lotterie

**Ziehung am Donnerstag dieser Woche**  
**Gewinnplan:**  
**2 Hauptgewinne** 1 Luxus-Automobil oder 1 hochherkömmliche Wohnungs-Einrichtung im Werte von je RM. 7500 RM. 15000  
**2 Prämien** 1 Wohnungs-Einrichtung od. 1 edles Reitpferd und 2 Aufschnepferde i. Werte v. je RM. 2000 RM. 4000  
**8983 Gewinne** und 2 Prämien im Werte von RM. 47000  
**Einzellos 1 RM — Doppellos 2 RM**  
Lose sind zu haben bei

**Richard Arnold, Buch- u. Papierhandlung**

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold, Kemberg — Fernsprecher Nr. 203



# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheinet wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Militärisches Unteroffiziers-Beilage“ wöchentlich für Abholer 1,15 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,50 M., durch die Post 1,35 M. — Am Falle höherer Gewalt Betriebsleistung Streik usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpfeife Seite oder deren Raum 15 Pfg., die halbpfeife Zeilenspalte 40 Pfg., Ausnahmestunde 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unendlich geschrieben oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. Beleggebühren: 10.- Mf. das Zustell-, zusätzlich Postgebühren. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 66

Dienstag, den 7. Juni 1932

34. Jahrg

## Die Regierungserklärung

„Für die Wiedergeburt des neuen Deutschlands.“

Berlin, 5. Juni.

Die in der heutigen Vormittags Sitzung des Reichstages beschlossene Regierungserklärung hat folgenden Wortlaut:

„In einer der schwersten Stunden der vaterländischen Geschichte übernimmt die neue Regierung ihr Amt.“

Das deutsche Volk steht in einer tiefen und materiellen Krise ohne Vorgang. Die Opfer, die von ihm verlangt werden, wenn der darnige Weg zur inneren und äußeren Freiheit mit Aussicht auf Erfolg gegangen werden soll, sind ungeheuer. Sie können nur ertragen werden, wenn es gelingt, die tiefen Voraussetzungen durch eine Zusammenfassung aller aufbauwilligen und staatsereiferten, kurzum aller nationalen Kräfte zu finden.

Reichspräsident Dr. Brüning hat als erster den Mut gehabt, eine klare Bilanz der Lage zu fordern, in die uns in erster Linie der Verfallter Vertrag und die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise wie auch die Mißwirtschaft der Parlamentarismus gebracht haben. Diese Bilanz, die die heutige Regierung vorfindet, soll das deutsche Volk kennen:

Die finanziellen Grundlagen des Reiches, Preußens und der Wehrmacht aller anderen Länder und Gemeinden sind erschüttert. Keine der notwendigen grundlegenden Reformen, die Voraussetzung jeder Gesundung — Verwaltungsreform, Finanzreform, Anpassung unseres staatlichen Lebens an die Verhältnisse der Nation — ist über schwache Mängel hinausgekommen. Die Sozialversicherungen stehen vor dem Bankrott. Die ständig gewachsene Arbeitslosigkeit setzt trotz aller Arbeitswillens der besten Kräfte am Maß des deutschen Volkes.

Die Nachkriegsregierungen haben geglaubt, durch einen sich ständig steigenden Staatssozialismus die materiellen Sorgen dem Arbeitnehmer wie dem Arbeitgeber in weitem Maße abnehmen zu können. Sie haben den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt. Sie haben ihn Aufgaben zerteilt, die er seinem Wesen nach niemals erfüllen kann. Gerade hierdurch ist die Arbeitslosigkeit noch gesteigert worden.

Der hieraus zwangsläufig folgenden moralischen Verminderung des deutschen Volkes, verdrängt durch den ungeliebten gemeinschaftsfeindlichen Klassenkampf und vergrößert durch den Kultursozialismus, der wie ein freies Gift die besten tüchtigen Grundlagen der Nation zu vernichten droht, muß in letzter Stunde Einhalt geboten werden.

In tief ist schon in alle kulturelle Gebiete des öffentlichen Lebens die Zersetzung atheistisch-marxistischer Denks eingedrungen, weil die christlichen Kräfte des Staates zu leicht zu Kompromissen bereit waren: Die Reinheit des öffentlichen Lebens kann nicht auf dem Weg der Kompromisse um der Parteilichkeit willen bewahrt oder wiederhergestellt werden. Es muß eine klare Entscheidung darüber fallen, welche Kräfte gewollt sind, das neue Deutschland auf der Grundlage der unerschütterlichen Grundzüge der christlichen Weltanschauung aufbauen zu helfen.

Die Regierung, die in dieser Stunde, erfüllt von ihrer schweren Verantwortung vor Gott und der Nation, die Geschichte des Landes übernimmt, ist tief durchdrungen von dem Bewußtsein der Pflichten, die auf ihr liegen. Sie wird nicht zögern, den Kampf um die Erhaltung der Lebensgrundlagen des Volkes, insbesondere auch der wertvollsten Bevölkerung in Stadt und Land, unerschütterlich aufzunehmen.

Damit die Zahlungen der nächsten Tage und Wochen zur Aufrechterhaltung des staatlichen Apparates geleistet werden können, ist die Regierung gezwungen, einen Teil der von der alten Regierung geplanten Maßnahmen zu erlassen. Im übrigen macht die Regierung in dieser Stunde keine Verapredungen. Sie wird handeln, und man soll sie nach ihren Taten beurteilen.

### Auf außenpolitischem Gebiete

ergehen sich die nächsten und wichtigsten Aufgaben der Reichsregierung aus den in Gang befindlichen oder bevorstehenden internationalen Verhandlungen über die großen Weltprobleme der Abrüstung, der Reparationen und der allgemeinen Wirtschaftskrise. Bei allen diesen Problemen stehen höchste deutsche Lebensinteressen auf dem Spiele.

Unser Ziel ist, in freundschaftlichen Zusammenwirken mit den anderen Nationen unserem Vaterlande völlige Gleichberechtigung, politische Freiheit und die Möglichkeit wirtschaftlicher Gesundung zu verschaffen. Nur ein gleichberechtigtes, freies und wirtschaftlich gesundes Deutschland kann zur Gesundung der Welt beitragen.

Freilich können alle Bemühungen um die Wohlfahrt der Völker sich nur dann auswirken, wenn es gelingt, gleichzeitig die wirtschaftlichen Störungen aus den Gebieten des Geld- und Kapitalverkehrs und des Warenverkehrs, die gegenwärtig die Welt in Unruhe versetzen, zu beseitigen. Die

Reichsregierung wird an allen Bestrebungen mitzuwirken bereit sein, die diesem Ziele dienen.

Die Grundlage und Voraussetzung aber jeder wirksamen außenpolitischen Beteiligung unserer nationalen Interessen, über die es Meinungsverschiedenheiten unter Deutschen nicht gibt, ist die Herbeiführung der innenpolitischen Klarheit.

Aus allen diesen Gründen hat sich der Reichspräsident entschlossen, dem Antrag der Reichsregierung stattzugeben und den Reichstag aufzulösen. Die Nation wird vor die klare und eindeutige Entscheidung gestellt, mit welchen Kräften sie den Weg der Zukunft zu gehen gewillt ist. Die Regierung wird, unabhängig von Parteien, den Kampf für die politische und wirtschaftliche Gesundung der Nation, für die Wiedergeburt des neuen Deutschlands führen.“

### Reichsfinanzlei zum Raas-Brief

Zu den Ausführungen des Prälaten Raas gibt die Reichsfinanzlei folgende Darstellung:

Herr von Papen hatte, bevor er sich zum Reichspräsidenten begab, eine Aussprache mit Prälat Raas über die Stellung der Zentrumspartei zu einer gegebenenfalls an ihn zu richtenden Berufung durch den Reichspräsidenten. Hierbei erklärte Dr. Raas, es sei für die deutsche Zentrumspartei ausgeschlossen, daß eines ihrer Mitglieder die Führung der neu zu bildenden Regierung oder einen Sitz in ihr übernehme. Ein solcher Schritt würde die Trennung von der Partei bedeuten. Herr von Papen erwiderte, daß damit die Voraussetzung fehlerhaft, unter der ihn der Reichspräsident wahrscheinlich berufen habe: Eine Synthese zwischen den in der Zentrumspartei organisierten Kräften und der politischen Rechten herzustellen. Er werde daher einen in diesem Sinne an ihn gerichteten Auftrag ablehnen. Herr von Papen hat jedoch in der darauf stattfindenden Besprechung den Reichspräsidenten von dem Inhalt dieser Unterredung Kenntnis gegeben und den Reichspräsidenten gebeten, von seiner Berufung Abstand zu nehmen. Erst nachdem der Reichspräsident Herrn von Papen erklärte, daß er ihn nicht in seiner Eigenschaft als Parteimitglied, sondern als Deutscher gerufen habe und daß er an sein vaterländisches Gewissen appelliere, hat von Papen die Berufung angenommen.

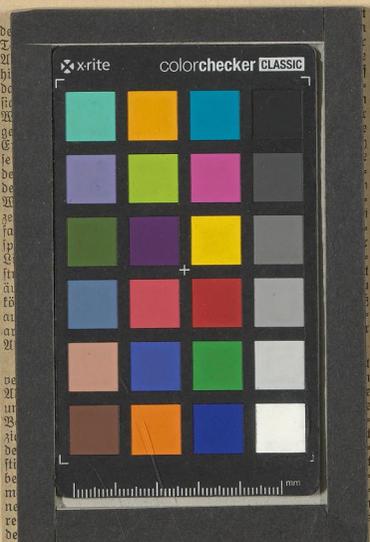
## Der Reichstag aufgelöst

Amlich wird folgende Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstages vom 4. Juni gemeldet:

„Auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung löse ich mit sofortiger Wirkung den Reichstag auf, da er nach dem Ergebnis der in den letzten Monaten stattgefundenen Wahlen zu den Landtagen der deutschen Länder dem politischen Willen des deutschen Volkes nicht mehr entspricht.“

Berlin, 4. Juni 1932.

Der Reichspräsident: gez. von Hindenburg.



Beilagenpreis: Die halbpfeife Seite oder deren Raum 15 Pfg., die halbpfeife Zeilenspalte 40 Pfg., Ausnahmestunde 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unendlich geschrieben oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. Beleggebühren: 10.- Mf. das Zustell-, zusätzlich Postgebühren. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

## Wahl in Mecklenburg

Nationalsozialistischer Wahlsieg.

Schwerin, 5. Juni. Die Wahlkämpfe in Mecklenburg-Schwerin sind geschlagen. Wie es nicht anders zu erwarten war, hat sie mit einem überwältigenden Sieg des Nationalsozialismus, geendet.

### Die Verteilung der Mandate.

Die vorliegenden Zahlen sind die Ergebnisse aus 1475 von 1492 Bezirken. Es fehlen noch 17 keine Landbesitzer, die das Ergebnis nicht mehr nennenswert beeinflussen können.

Die Mandate verteilen sich wie folgt:

Partei	Wahl am 5. 6. 1932	Bisher
Sozialdemokraten	18	20
Kommunisten	4	3
Nationalsozialisten	29	2
Christliche Freiheitsbewegung	—	2
Deutschnationale	5	11
Nationale Mecklenburger	1	—
Wirtschaftspartei	—	6
Landvolk	—	1
Christlich-sozialer Volksdienst	—	1
Wirtschaftspartei	—	1
Demokraten	—	1
Deutsche Volkspartei	—	3
Bürgerblock	1	—

Gesamtzahl der Mandate im alten Landtag 51; im neuen, Sonntag gewählt, infolge gesteigerter Wahlbeteiligung 58. Die absolute Mehrheit beträgt demnach 30 Stimmen, über die die NSDAP aller Wahrscheinlichkeit nach verfügen wird.

### Die Regierungsmöglichkeiten in Mecklenburg-Schwerin.

Rostock, 5. Juni. Nach den bisherigen Ergebnissen der Wahlen zum Mecklenburg-Schweriner Landtag werden im neuen Parlament 29 nationalsozialistische Abgeordnete insgesamt 29 Mandate aber übrigen Fraktionen gegenüberstehen. Den Nationalsozialisten wäre somit nach dem Willen von Braunshweig die Möglichkeit gegeben, zusammen mit den Deutschnationalen, die fünf Sitze erlangen konnten, die Regierung zu übernehmen. Ob aber die Nationalsozialisten den Deutschnationalen einen Regierungssitz einräumen werden, erscheint bei der zwischen beiden Parteien in Mecklenburg-Schwerin seit Wochen vorliegenden Spannung fraglich.

Die Möglichkeit, daß der NSDAP, aus den Ergebnissen der noch ausstehenden 17 Bezirke ein weiteres Mandat zufällt, ist durchaus vorhanden. In diesem Falle würden die Nationalsozialisten — wie in Oldenburg — über eine absolute Mehrheit verfügen. Daß eine der anderen Parteien noch einen Sitz erhält, ist nicht mehr anzunehmen.

eine größere Deutlichkeit wohl am Platze gewesen, insbesondere mit Bezug auf die Tribut- und Kriegsschuldfrage. Die Forderung der vollen Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage ist genau wie wiederholt bei Brüning betont worden. Es hat den Anschein, als würde man bezüglich der Weltwirtschaftsnotwendigkeiten den Plänen zustimmen, die MacDonald mit den Vereinigten Staaten von Amerika ausgemacht hat.

Wahrscheinlich war der Sinn der kurzgehaltenen Erklärung, daß die neue Regierung sich von Verapredungen freihalten, dagegen allein nach ihren Taten beurteilt wissen will.

## Wehrminister an die Reichswehr

Reichswehrminister von Schleicher hat an die Reichswehr folgenden Aufruf erlassen: „Mit dem heutigen Tage trete ich das Amt des Reichswehrministers an, zu dem mich das Vertrauen des Reichspräsidenten, des Oberbefehlshabers der Reichswehr, berufen hat.“

„Ich werde meine Kraft daran setzen, daß die Reichswehr dazu befähigt wird, ihre Berufsaufgabe zu erfüllen: Deutschlands Grenzen zu schützen und seine nationale Sicherheit zu gewährleisten. Ich werde ferner dafür sorgen, daß diejenigen geistigen und physischen Kräfte unseres Volkes gefördert werden, welche die unerschütterliche Grundlage der Landesverteidigung bilden. Ich bin überzeugt, daß im Inlande die Aufgabe, die wir eine geschlossene und überparteiliche Wehrmacht heften, allein genügen wird, um die Autorität des Reiches vor jeder Erschütterung zu bewahren.“

„Ich vertraue darauf, daß jeder Angehörige der Wehrmacht mir dabei helfen wird, das mir anvertraute Erbe einer großen Vergangenheit zum Besten von Volk und Vaterland zu verwerten.“

## Der Reichsstädtebund warnt

vor der Finanzkatastrophe der Gemeinden. Der Reichsstädtebund hat an das neue Reichsministerium eine Eingabe gerichtet, in der es u. a. heißt: Es ist bekannt, daß die mittleren und kleinen Städte infolge des raschen Rückgangs ihrer Einnahmen und